



Karikatur: Klaus Stuttmann

Leitartikel
Roland Muschel
zum neuen BaWü-Check



Skepsis regiert mit

Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) überstrahlt mit seiner Bekannt- und Beliebtheit weiter alle und alles: die mehr oder eher weniger bekannten Mitglieder seines Kabinetts, die Skepsis seiner grünen Basis und nicht weniger Baden-Württemberger gegenüber der Neuaufgabe der grün-schwarzen Koalition. Seine Popularität kann helfen, das Vertrauen der Bevölkerung in die seit gut zwei Monaten amtierende Regierung zu stärken. Zwingend dafür aber sind eine stringente, glaubwürdige Politik und die richtige Agenda.

Die Schwerpunkte, immerhin, stimmen: Mit dem neuen Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen und der tatkräftigen Ressortchefin Nicole Razavi (CDU) hat die Koalition ein Thema politisch aufgewertet, das die Bevölkerung als besonders dringlich ansieht: die Bekämpfung des Mangels an bezahlbarem Wohnraum im Land. Ob das kleine Ressort die großen Erwartungen angesichts Zielkonflikten beim Flächenverbrauch und überschaubarer Landeskompetenzen erfüllen kann, muss sich indes weisen.

Mit dem neuen Klimaschutzgesetz, das Grüne und CDU an diesem Donnerstag als erstes Gesetz der jungen Legislaturperiode in den Landtag einbringen, setzen die Koalition und die engagierte neue Umweltministerin Thekla Walker (Grüne) zudem eine inhaltliche Duftmarke mit Signalwirkung: Anders als in der ersten gemeinsamen Regierung von 2016-2021, wo die Vorhaben noch am Veto der CDU gescheitert waren, sollen nun ein kräftiger Ausbau der Windkraft auch im Staatswald und die Ausweitung der Solarpflicht auf neue Wohngebäude kommen. Die Zustimmung in der Bevölkerung für die mit spürbaren privaten Investitionen verbunde-

nen Pflicht ist bemerkenswert hoch. Dass mit Razavi und Walker ausgerechnet zwei Mitglieder des ziemlich großen Clubs der weithin unbekannteren Kabinettsmitglieder zentrale Projekte verantworten, ist ein Stück weit Zufall – und eine Chance für die beiden Ministerinnen zur Profilierung.

Anders als bei den fachlichen Schwerpunkten hapert es an der finanzpolitischen Stringenz. Während Kretschmann schon mal über eine „Weiterentwicklung“ der Schuldenbremse philosophieren kann und damit deren Lockerung meint, gibt die CDU öffentlich den Lordsiegelbewahrer des grundsätzlichen Verbots neuer Kredite. Einig ist man sich indes, wenn es darum geht, die Ausnahmeregeln vom Neuverschuldungsverbot bis zur Schmerzgrenze und vielleicht auch darüber hinaus auszulegen.

„Wer in den Ruch gerät, es mit der Schuldenbremse nicht so genau zu nehmen, schafft kein Vertrauen,

Die vom Landesrechnungshof angemeldeten Zweifel an der Legitimität des 1,2-Milliarden-Kredits, den Grün-Schwarz an diesem Mittwoch beschließen will, kratzen an der Glaubwürdigkeit der Regierung und sind für den mit besten Referenzen ausgestatteten neuen Finanzminister Danyal Bayaz (Grüne) kein schöner Einstand. Denn die Schuldenbremse ist den Baden-Württembergern heilig. Wer in den Ruch gerät, es mit ihr nicht so genau zu nehmen, schafft kein Vertrauen, sondern nährt die Skepsis, die Grün-Schwarz eigentlich abschütteln will.

leitartikel@swp.de

Kommentar
Dietrich Schröder
zum Ultimatum gegen Polen



Die EU macht Ernst

Die EU will sich die Verletzung der Rechtsstaatlichkeit in Polen offenkundig nicht länger bieten lassen. Die vergangenen Tage brachten das Fass zum Überlaufen: Obwohl der Europäische Gerichtshof am Donnerstag festgestellt hatte, dass eine von der PiS-Regierung in Polen geschaffene Kammer zur Disziplinierung von Richterinnen und Richtern in eklatanter Weise gegen das EU-Recht verstößt, hat diese Kammer ihre Tätigkeit am Montag wieder aufgenommen. Und zwar mit der Begründung, die polnische Justiz unterliege nicht den Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs. Dies wiederum hatte das mit PiS-freundlichen Richtern besetzte polnische Verfassungsgericht festgestellt.

Nun dürfte es zur offenen Auseinandersetzung kommen. Wenn Polen sich nicht an das Urteil hält, könnte das in kurzer Zeit finanzielle Folgen

haben. Diesen Strafmechanismus hatte die Gemeinschaft im vergangenen Winter während der deutschen Ratspräsidentschaft vereinbart. Seinerzeit hatten Ungarn und Polen noch erreicht, dass der Europäische Gerichtshof zunächst klären sollte, ob dieses Instrumentarium rechtmäßig ist.

Nun ist die Brüsseler Kommission offenbar bereit, den Mechanismus in Gang zu setzen, noch während die gerichtliche Überprüfung läuft. Sie hat die Luxemburger Richter zugleich zu einer Beschleunigung aufgefordert. Man geht in die offene Auseinandersetzung. Wie die Warschauer Regierung darauf reagiert, ist eine spannende Frage. Denn bisher konnten die Kaczynski- und auch die Orban-Regierung in Ungarn immer lavieren und neue Verhandlungen fordern. Aber auch, ob die EU-Kommission wirklich hart bleibt, muss sich erst zeigen.

Vetternwirtschaft und Korruption

Rechtsstaatlichkeit Die Kommission kommt in ihrem Prüfungsbericht zu wenig schmeichelhaften Ergebnissen zu Polen und Ungarn. Der Konflikt mit den beiden Ländern eskaliert.

Brüssel. Länder wie Ungarn und Polen müssen nach der Veröffentlichung eines neuen Prüfberichts der Europäischen Kommission Verfahren zur Kürzung von EU-Geldern befürchten. In der am Dienstag vorgestellten Untersuchung zur Einhaltung rechtsstaatlicher Standards werden den beiden Staaten Defizite bei der Unabhängigkeit der Justiz und bei der Korruptionsbekämpfung attestiert.

Mit Blick auf Ungarn ist unter anderem von unzureichenden unabhängigen Kontrollmechanismen und einem mangelnden Vorgehen gegen Klientelismus und Vetternwirtschaft die Rede. Zu Polen heißt es, es gebe Risiken hinsichtlich der Wirksamkeit der Bekämpfung von Korruption auf hoher Ebene, einschließlich der

Gefahr eines unzulässigen Einflusses auf die Strafverfolgung zu politischen Zwecken.

„In einer Reihe von Mitgliedsstaaten gibt es Anlass zu ernster Besorgnis“, kommentierte die zuständige Vizepräsidentin der Kommission, Vera Jourova. Insbesondere sei dies in Bezug auf die Unabhängigkeit der Justiz der Fall. Relevant sind die Befunde, weil Staaten seit diesem Jahr bei bestimmten Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit EU-Gelder gekürzt werden können. Voraussetzung ist, dass wegen dieser Verstöße ein Missbrauch von Geldern aus dem Gemeinschaftshaushalt droht. In Ungarn und Polen könnte diese Voraussetzung nach dem Bericht erfüllt sein, weil eine unzureichende Korruptionsbekämpfung das Risiko

birgt, dass EU-Gelder veruntreut werden.

Aus der EU-Kommission hieß es am Dienstag, dass es für die Einleitung von Verfahren für Mittelkürzungen eine gesonderte Untersuchung brauche. Der Bericht zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in der EU könne aber eine Grundlage dafür sein. Nach früheren Angaben sollen die ersten Verfahren noch in diesem Herbst eingeleitet werden.

Für Ungarn und Polen könnte es um erhebliche Summen gehen. Aus dem regulären EU-Haushalt erhielt Polen zuletzt mehr als 12 Milliarden Euro pro Jahr. Zudem sind für das Land derzeit rund 23,9 Milliarden Euro an Corona-Hilfen einkalkuliert. Ungarn bekam zuletzt rund 6 Milliarden Euro pro Jahr aus dem Haushalt und kann eigentlich mit rund 7,2 Milliarden Euro an Corona-Hilfen rechnen.

Deutschland kommt davon

Die Bundesrepublik muss hingegen vorerst keinen Ärger wegen rechtsstaatlicher Defizite befürchten. „Das Justizsystem funktioniert weiterhin effizient“, heißt es im Deutschland-Kapitel des „Rechtsstaats-TÜV“. Verbesserungsbedarf wird nur in Bereichen wie Transparenz gesehen. So werden zum Beispiel in dem Bericht rechtliche Lücken bei den Regeln zur Parteienfinanzierung und zu hohe Spendenobergrenzen kritisiert. dpa

Kommentar



Die für Rechtsstaatlichkeit zuständige Kommissarin Vera Jourova. Foto: John Thys/afp

Pflegejobs attraktiver machen

Soziales Der Bedarf ist hoch, doch das Interesse an Stellen in der Altenpflege lahmt. Können höhere Löhne den Mangel beheben?

Berlin. Die Zahl der Pflegekräfte in Deutschland steigt weiter – doch der Zuwachs flacht ab. Das geht aus Zahlen des Statistischen Bundesamtes hervor. Demnach gab es 2020 mit rund 629 000 Beschäftigten etwa 10 000 Altenpflegerinnen und Altenpfleger mehr als 2019. Das sei ein Zuwachs von rund 1,6 Prozent, und damit deutlich weniger als im Jahr zuvor, als der Zuwachs noch 3,1 Prozent betrug. 2018 waren es 3,3 Prozent gewesen. Insgesamt hatte es laut den Statistikern einen Anstieg der Zahl der Beschäftigten in der Altenpflege von 2015 bis 2019 um 87 000 gegeben.

Für Bernd Meurer, Präsident des Bundesverbands privater Anbieter sozialer Dienste, haben nicht zuletzt die Lohnsteigerungen der vergangenen Jahre die Jobs attraktiv gemacht. Laut Statistischem Bundesamt sind die Löhne tatsächlich deutlich gestiegen. Von 2010 bis 2020 bei Fachkräften in Altenheimen um fast 33 Prozent, in Pflegeheimen um fast 39 Prozent.

Fachkräfte in Pflegeheimen verdienen demnach im Schnitt 3363 Euro brutto im Monat, in Altenheimen 3291 Euro. Das war erstmals mehr als Beschäftigte mit vergleichbarer Qualifikation in der Gesamtwirtschaft mit 3286 Euro im Schnitt. Zuvor hatten Pflegekräfte jahrelang unterdurchschnittlich verdient. Meurer spricht von 100 000 zusätzlichen Jobs in den vergangenen fünf Jahren in der Altenpflege.

Geld allein reicht nicht

Zumindest was den Verdienst angeht, soll die Entwicklung weitergehen. Weil laut Bundesarbeitsministerium nur die Hälfte der Beschäftigten Tariflohn bekommt, hat der Bundestag im Juni beschlossen, dass von September 2022 an die Pflegekassen nur noch Verträge mit Einrichtungen abschließen, die ein Gehalt zahlen, das „in Tarifverträgen oder kirchlichen Arbeitsrechtsregelungen vereinbart ist“.

Geld allein wird aber nicht reichen, noch mehr Menschen für

den Pflegeberuf zu erwärmen. Für Sylvia Bühler, im Verdi-Bundesvorstand für Pflege zuständig, hat sich „im beruflichen Alltag der Beschäftigten bisher nichts verbessert“. Im Gegenteil habe die Pandemie viele Beschäftigte „an den Rand des Zumutbaren“ gebracht. Das Personal gewinne und halte man nur durch bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen.

Wie schwer es ist, trotz steigender Beschäftigtenzahlen und zunehmendem Interesse bei Jugendlichen – die Zahl der Auszubildenden nahm innerhalb von zehn Jahren um 39 Prozent zu – offene Stellen zu besetzen, zeigt das 2019 gestartete „13 000-Stellen-Programm“ der Bundesregierung. Es sollte in stationären Einrichtungen für die Einstellung zusätzlicher Pflegekräfte sorgen, indem die Finanzierung durch die Krankenkassen garantiert wurde. Tatsächlich besetzt werden konnten davon laut dem Spitzenverband der Kassen jedoch nur 3000 Vollzeitstellen. Hajo Zenker

STICHWORT 20. JULI 1944

Mit einer Bombe versuchte eine Gruppe deutscher Offiziere um Oberst Claus Schenk Graf von Stauffenberg am 20. Juli 1944 Adolf Hitler auszuschalten. Das Attentat bei einer Lagebesprechung im „Führerhauptquartier Wolfsschanze“ im heutigen Polen scheiterte. Hitler überlebte leicht verletzt.

Stauffenberg und drei seiner Mitverschwörer wurden noch in der Nacht zum 21. Juli im Berliner Bendlerblock, dem damaligen Sitz des Oberkommandos des Heeres, standrechtlich erschossen. In den Wochen nach dem Attentat wurden weitere 140 Mitwisser und Akteure des militärischen Widerstandes gegen Hitler hingerichtet.

Das Attentat sollte Auftakt der „Operation Walküre“ sein, mit der die Verschwörer das NS-Regime stürzen, eine neue Regierung einsetzen und den aussichtslosen Krieg beenden wollten. epd

20. Juli 1944 Gedenken an den Widerstand

Berlin. Mit Aufrufen zur Verteidigung der Demokratie haben Vertreter von Bund und Ländern am Dienstag in Berlin an die Hitler-Attentäter vom 20. Juli 1944 erinnert. Das zentrale Gedenken der obersten Verfassungsorgane fand gemeinsam mit der Stiftung 20. Juli 1944 in der Gedenkstätte Plötzensee statt. Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) sagte, die Widerständler hätten ein Zeichen gegen Unmenschlichkeit gesetzt. epd **Stichwort**

Litauen Erfolg für Taiwan gegen China

Taipeh/Peking. Im Ringen mit Peking um seinen internationalen Status hat Taiwan einen Erfolg erzielt: Erstmals kann die Inselrepublik in Europa eine Vertretung unter eigenem Namen eröffnen. In Litauen wird ein Büro aufgebaut, das „Taiwanische Vertretung“ heißen wird. Da Peking die Insel nur als Teil der Volksrepublik ansieht und Druck auf andere Staaten ausübt, tragen ähnliche Repräsentanzen in anderen Ländern nur „Taipei“ im Namen. dpa